Dringlichkeitsantrag

Klimaschutz durch Innovation und Anreize – Menschen mitnehmen statt bevormunden.

Antragsteller: Kreisverbände Nordfriesland, Plön, Lübeck und Dithmarschen

In den vergangenen Tagen kam innerhalb der Koalition vøn CDU/CSU und SPD in Berlin der Vorschlag einer „CO□-Steuer“ in die Öffentlichkeit. Im Zuge dessen positionierten sich unter anderem Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Ministerpräsident Daniel Günther. Dadurch, dass die Arbeiten am Klimaschutzgesetz laufen, wird es zunehmend wichtiger, mit eigenen Positionen und Konzepten zu antworten. Die CDU darf in entscheidenden Fragen nicht der politischen Linken hinterherlaufen.

Da der Klimawandel nur durch internationale Zusammenarbeit abgemildert werden kann, müssen verbindliche Konzepte mindestens auf Ebene der Europäischen Union entwickelt und umgesetzt werden. Die globalen Dimensionen müssen dabei von allen Seiten betrachtet werden. Einzelne nationale Maßnahmen, die zu Mehrbelastungen führen, sorgen für lediglich Abwanderung und Verlagerung ins Ausland.

Zudem stellt sich auch die Frage, was dies für Lieferketten bedeutet. Das Elektroauto dürfte beispielsweise durch seine Rohstoffe für die Batterien erheblich teurer werden, was bisherigen Förderungsbestrebungen zuwiderläuft. Daneben wird CO□ bereits unter anderem durch die Mineralölsteuer erheblich besteuert.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Der Schleswig-Holstein-Rat möge daher beschließen:

- Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN lehnt eine CO□-Steuer ab.
- Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN lehnt weitere Energiebesteuerungen ab, die zu weiteren Steigerungen von Kosten für Industrie, Unternehmen und Verbraucher führen.
- Die JUNGE UNION SCHLESWIG-HOLSTEIN fordert stattdessen:
    - Ausweitung und Verbesserung des Handels von Emissionszertifikaten
    - Schaffung neuer Anreize zum Einsparen von CO□-Emissionen über Technologien sowie alternativer Kraftstoffe und neue Systeme
    - Bei allen Bestrebungen keine zusätzlichen Lasten von Steuerzahlern über das jetzige Maß hinaus.